

**BGP-Kommentar zur Podiumsdiskussion**  
**„Klartext für Petershausen“ am 14. Mai 2014**  
von unserem Mitglied Harald Stobinski

Das Überthema Wohnen bestimmte auch die Wahlveranstaltung in Petershausen. Klartext hatte der Veranstalter Bürgergemeinschaft Petershausen (BGP) in seiner Ankündigung gefordert. Erwartungsgemäß konnte dieser Anspruch nicht erfüllt werden, was nicht an den Organisatoren lag. Schließlich harrte das Publikum zahlreich bis zum Schluss aus und wurde nicht müde, den von der BGP vorbereiteten umfangreichen Themenkatalog mit abzuarbeiten.

Wahlversprechen, eigene Fehlleistungen kaschierende Sachzwangargumente und auf Kritik reflexartige Beteuerungen der Lernfähigkeit für die Zukunft sind der übliche Mix, und benötigen keines erhellenden Kommentars. Eigene konkrete Erfahrungen mit der Realität kommunalpolitischen Handelns setzten zumindest Teile des Publikums in die Lage, manchen Äußerungen doch Standortbestimmungen der Podiumsteilnehmer entnehmen zu können.

Es gab ein Teileingeständnis, dass die ausschließliche Fixierung auf Innenverdichtung die Zielgrößen verfehlt hat: nicht genug neue Wohnungen und steigende Preise durch Bodenverknappung. Die nun anvisierte Außenentwicklung kann aber nicht sofort entlastend wirken. Um den hohen Bedarf schnell decken zu können, wird deshalb entgegen mancher Beteuerungen, die Grenzen der Nachverdichtung seien erreicht, sogar noch verstärkt auf das alte Rezept gesetzt.

Während Stadtrat Weber lautstark die verfehltete Politik für die Vergangenheit geißelt, so vertritt mit nicht zu überbietender Deutlichkeit sein SPD-Kollege Dr. Ruff die alte Linie. Er beruft sich auf ein Potential von eintausend Wohnungen in Petershausen bis 2030 und hält Aufstockung im Bestand für unproblematisch. Qualitätsprobleme sieht er auch bei weiter erhöhter Dichte nicht.

Dass mit weiterer Verdichtung als Folge verfehlteter Wohnungspolitik genau die Zielgruppe der sich sozial gebenden Bürgervertreter weiter belastet wird, nämlich jene, die bereits im dichten Geschosswohnungsbau leben müssen, wird ignoriert.

Die Statthalter hehrer ökologischer Ziele wollen im Dreiklang mit BUND und Nabu für weitere Innenverdichtung hemmende Bauvorschriften aufweichen, um auch noch das letzte Restgrün aus schon engen Höfen vertreiben zu können. Dafür sollen dann im öffentliche Raum als Ausgleich naturnahe Grünbereiche geschaffen werden. Eine seltsame Interpretation von Nachhaltigkeit, die nicht nur einseitig das Mikroklima in den Quartieren opfert, sondern die zahlreichen anderen Versiegelungsfaktoren (Gewerbe, Verkehr etc.) ungeschoren lässt. Das vermied der Vertreter der FGL anzusprechen.

Stadtrat Venedey hatte einen interessanten Gedanken, die Versiegelungsbilanz nicht lokal sondern bundesweit zu betrachten, um in durch Abwanderung gekennzeichneten Regionen eine ausgleichende Entsiegelung einzuleiten.

Er war der Einzige, der Hochhausbau angesichts knapper Flächen befürwortete zur Bewahrung städtischer Grünflächen. Dennoch sah er weitere Verdichtungsmöglichkeiten mit dem Hinweis auf Lückenschlüsse und neue Kopfbauten an der Nordseite der Steinstraße.

Eine klare Zielgruppenorientierung auf Einkommensschwache und Familien hatten nur die Linke Liste und die SPD. Beyer-Köhler von der FGL verlangte eine Differenzierung von Bezahlbarkeit, und machte auch hohes Anspruchsdenken für die Misere mitverantwortlich. Die durchschnittlich jedem Einwohner zur Verfügung stehende Wohnfläche von 47 qm

diente als Beleg. So argumentiert würde das gesamte private Vermögen hierzulande als Durchschnittswert auch einen relativen Wohlstand aller suggerieren. Stadtrat Hartwich von der FDP warnte gar vor einer Neiddebatte, und nahm die Forderung von Herrn Koch von der Linken Liste, auch nennenswerte Mittel aus dem kommunalen Haushalt für sozialen Wohnungsbau einzusetzen, zum Anlass, das Gespenst der Regulierung und Enteignung zu bemühen.

Sein Rezept mit Wohnungsbau für Besserverdienende durch Umzüge aus preiswerteren Wohnungen Platz für die Schwächeren zu schaffen, hatte er indirekt selbst widerlegt, als er von einer Nachfragepyramide sprach. Wie sollen wenige im oberen Bereich der Pyramide auf diese Weise die breite Basis entlasten können?

Stadtrat Ellegast (CDU) schlug ebenfalls in die Kerbe des Anspruchsdenkens, das den Wohnungsbau verteuere neben den gesetzlichen Vorgaben (Stellplätze, Energiestandards). Auch er sah noch weitere Verdichtungsmöglichkeiten durch Dachausbau und Anbauten.

Anspruchsbedenkenträgern könnten neben dem Hineinpressen weiterer Wohnungen in enge Quartiere auch die Verdichtung der einzelnen Wohnung in den Sinn kommen, eine neue Schlichtbautenkultur. Wenn schon kleinkindgerechten Spielplätze direkt bei den Wohnungen keinen Platz mehr finden sollen, so könnte die fehlende Nähe wenigstens in den Wohnungen selbst hergestellt werden.

Es scheint allgemein städtische Politik zu werden, Geschosswohnungsbauviertel so zu verdichten, dass dadurch wegfallendes Grün und Spielplätze in neu auf Stadtteilebene zu schaffende Grünanlagen ausgelagert werden sollen. Nur konnte auf intensive Befragung hin niemand auf dem Podium für Petershausen solche konkret in angemessenen Dimensionen benennen. – Ein Offenbarungseid!

Besänftigend sollte der Hinweis von Herrn Ellegast wirken, die allgemeine Zufriedenheit der Konstanzer sei durch eine Untersuchung mit fast 96% belegt. Da durfte dann auch der von mehreren Seiten vorgetragene tadelnde Hinweis nicht fehlen, woanders sei es wesentlich schlechter. Also klarer formuliert, man setzt auf ungehemmtes Wachstum. Wer davon nicht profitiert, muss ja nicht hier residieren.

Das wurde auch dem Diskussionsleiter Herrn Tiessen zu viel, der für Konstanz eine privilegierte Situation zugestand, aber daraus die Forderung ableitete, diese Lebensqualität zu bewahren und noch zu verbessern.

Hinzufügen möchte ich, dass Lebensqualität auch die Teilhabe aller fordert und Verlierer nicht in Kauf nehmen sollte.

Harald Stobinski, 16.05.2014